

KAPITEL

8

POLITIK – KINDHEIT IM TOTEN WINKEL?

Niemand würde bestreiten, dass Kinder ein wichtiger Teil unserer Gesellschaft sind. So machen Kinder und Jugendliche in Deutschland und der Schweiz knapp 20 Prozent der Bevölkerung aus. Zum Vergleich: In der Industrie beider Länder arbeiten aktuell ungefähr zwölf Prozent der Wohnbevölkerung. Trotzdem sind die spezifischen Anliegen der Kinder und Jugendlichen in Parlamenten, im Lobbying oder in den sozialpartnerschaftlichen Gremien ungleich schwächer vertreten. Zudem sind die Interessen der Industrie klar und straff organisiert: mit Dachverbänden, die der Politik als zentrale Ansprechpartner dienen. Ganz anders, wenn es um die Interessen von Kindern geht: Sie werden über viele unterschiedliche Organisationen und Verbände in die Politik getragen.

Dass die Industrie eine große politische Macht hat, erstaunt erst einmal nicht, ist sie doch zentral für Wertschöpfung, Wohlstand und Zukunftsperspektiven der Länder. Aber ist es für die genau gleichen Ziele nicht mindestens ebenso relevant, dass die Bedürfnisse künftiger Generationen ernst genommen werden und dass sich die Kinder dementsprechend entfalten und entwickeln können? Ganz zu schweigen von der immensen Bedeutsamkeit der Kinder und Jugendlichen für den gesellschaftlichen Zusammenhalt, die soziale Integration sowie für die Kreativität und Problemlösungskraft der Gesellschaft?

Die Interessen der Kinder und Jugendlichen sind in der Politik vergleichsweise schwach vertreten. Obwohl ihre Anliegen für die Gesellschaft sehr bedeutsam sind, haben sie einen schweren Stand. Fast entsteht der Eindruck, dass die Kinder im toten Winkel der Politik verschwinden.¹ Doch stimmt diese Behauptung? Das politische Gewicht lässt sich ja nicht nur via Interessensvertretung messen, sondern muss sich vor allem in den Entscheidungen zeigen, die die Politikerinnen und Politiker fällen. Und tatsächlich scheint es, als ob den Interessen der Kinder in der Politik während der letzten 20 bis 30 Jahre ein vergleichsweise erfreuliches Schicksal zuteilgeworden wäre. Während in den meisten sozialpolitischen Bereichen Diskussionen um Spardruck und Leistungsrückbau die politischen Debatten dominieren – man denke etwa an Altersvorsorge, Invalidität, Sozialhilfe oder Arbeitslosenhilfe –, wurden in vielen Politikfeldern, die für Kinder besonders wichtig sind, durchaus Investitionen getätigt. In der politischen Agenda dieser Bereiche – man denke an Kinderbetreuung, frühe Förderung, Schulen, höhere Bildung – wurden Leistungen und Angebote für Kinder sogar häufiger aus- als abgebaut. Auch wenn die Kritik an Qualität und Verfügbarkeit von familien- und bildungspolitischen Angeboten verbreitet ist, haben die Ausgaben in diesem Bereich zugenommen. Insbesondere die sekundäre und vor allem postsekundäre Bildung wurden gestärkt. Frühkindliche

Betreuung und Förderung, inklusive Schulkonzepte mit der Ausbildung und Beschäftigung von spezialisiertem Fachpersonal, Verkehrsberuhigung oder die Formulierung und Stärkung von Kinderrechten: Dies sind nur einige Beispiele von politischen Entwicklungen, die den Eindruck vermitteln, dass Kinderinteressen in der Politik sogar an Gewicht gewonnen haben. Dies zeigt sich auch in den entsprechenden Kennzahlen: Immer mehr Kinder werden in Betreuungseinrichtungen früh integriert und gefördert. Und heute erlangen mehr als 40 Prozent der jungen Erwachsenen einen Abschluss an einer Hochschule oder Fachhochschule, um sich auf das Berufsleben vorzubereiten – trotz des weiterhin starken Berufsbildungssystems in Deutschland und der Schweiz.²

In der sozialwissenschaftlichen Forschung ist von einem Trend die Rede, d.h. einer Hinwendung des staatlichen Handelns zu »sozialer Investitionspolitik« – einer Politik, die präventiv agiert und die individuellen Fähigkeiten und Fertigkeiten schon bei kleinen Kindern stärkt, um die Menschen zu einer stabilen und eigenständigen Lebensführung zu befähigen.³ Der Ausbau der sozialen Investitionen in die Betreuung, Förderung und Bildung von Kindern und Jugendlichen ist eine der prägendsten Entwicklungen der (sozial-)politischen Reformpolitik in ganz Westeuropa seit circa 20 Jahren. Diese Erweiterung staatlicher Leistungen geht einher mit einer rechtlichen und politischen Stärkung von Kinderrechten. Kinder sind heute viel besser vor Gewalt geschützt als noch vor einigen Jahrzehnten.

BEDÜRFNISSE DER KINDER SIND POLITISCH SEKUNDÄR

Dies ist ein Schritt in die richtige Richtung. Allerdings sollte das positive Bild nicht über drei zentrale, einschränkende Faktoren hinwegtäuschen. Erstens: Trotz der Erweiterung staatlicher Leistungen bleiben

Sozialrechte und Sozialleistungen insgesamt stark verzerrt zugunsten der Erwachsenen – und zwar in allen Ländern Westeuropas, nicht nur in Deutschland und der Schweiz. In anderen Worten: Der Ausbau zugunsten der Kinder findet auf vergleichsweise niedrigem Niveau und mit einem entsprechend großen Aufholbedarf statt. Zweitens: Die »soziale Investitionspolitik« wird oftmals nicht im Hinblick auf die Bedürfnisse und Interessen der Kinder selbst gefördert, sondern sie dient auch oder vor allem »Erwachseneninteressen«. Drittens kommt das Plus an staatlicher Unterstützung für Kinder längst nicht allen Kindern zugute, und schon gar nicht allen Kindern in gleichem Ausmaß. Vielmehr resultieren aus der sozialen Investitionspolitik oft sogar stärkere soziale Ungleichheiten zwischen Kindern aus verschiedenen sozialen Schichten.

Die sozialen Interessen und Gruppen werden also sehr unterschiedlich gewichtet. Dies lässt sich anschaulich zeigen, indem man die Großzügigkeit von öffentlichen Leistungen vergleicht. Auch in der Forschung wird seit gut 20 Jahren immer wieder eindringlich darauf hingewiesen, dass sowohl staatliche finanzielle Leistungen (Sozialleistungen, Subventionen etc.) als auch öffentliche Dienstleistungen in den ausgebauten Sozialstaaten Westeuropas den Bedürfnissen und Interessen von Kindern vergleichsweise wenig Beachtung schenken.⁴ Obwohl in verschiedenen Ländern unterschiedlich großzügige Leistungen gewährt werden, zeigt sich durchgehend ein Ungleichgewicht zuungunsten bestimmter Gruppen. Dieses Ungleichgewicht finden wir in allen westeuropäischen Sozialstaaten, und es hat sich kaum geändert, obwohl gewisse »Kinderthemen« – insbesondere Betreuung und Förderung in der (frühen) Kindheit und die Ausweitung der Bildungsangebote in der Wissensökonomie des frühen 21. Jahrhunderts – insgesamt stärker beachtet werden.⁵ Dieser Aufmerksamkeit folgen aber vergleichsweise schwache Taten.

MANCHMAL HABE ICH DEN
EINDRUCK, ERWACHSENE SIND
FROH, DIE KINDHEIT ENDLICH
HINTER SICH GELASSEN
ZU HABEN. WIE SONST KANN
ES SEIN, DASS KINDER,
DIESE RIESIGE GRUPPE,
DIE UNSERE ZUKUNFT PRÄGEN
UND GESTALTEN WIRD,
SYSTEMATISCH ÜBERSEHEN
WERDEN? PÄDAGOGINNEN,
ENTWICKLUNGSWISSEN-
SCHAFTLER, POLITIKERINNEN,
ERZIEHER, ELTERNVERTRETER-
INNEN, SOZIALARBEITER
ALLER LÄNDER: VEREINIGT EUCH!

MORITZ DAUM
